



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/1 - 2.1.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 099 890

Zum 80. Geburtstag des Bundeskanzlers am 5. Januar	S. 1
Vor der Jahrestagschaft Eisenhowers	S. 3
Seltener "Deutscher Soldatenkalender 1956" (Anlass des Dienstantritts der ersten bundes- deutschen Soldaten)	S. 5

Sperrfrist: 4. Januar, 24 Uhr

Dem achtzigjährigen Kanzler

sp - Gruss und herzliche Wünsche gelten am 5. Januar Dr. Konrad Adenauer, dem Manne, der die schwere Bürde der Staatsführung im biblischen Lebensalter trägt, der sie immer von neuem auf sich nimmt und in grosser Fülle Kraft und Glauben an dieses Werk seines Lebens hingibt.

Es ist eine der gefährlichsten Sünden in der Demokratie und gegen die Demokratie, den politisch andere Denkenden, aber eben doch den denkenden Mitstreiter, zu seinem Feind zu erklären. Dr. Konrad Adenauer hat uns, die deutschen Sozialdemokraten, solange er das Amt des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland wahrnimmt, nur zu oft als seine Feinde, nicht nur als seine Gegner, behandelt, mittelbar und unmittelbar. Es ist eine der liebenswertesten und nützlichsten Eigenheiten in der angelsächsischen politischen Praxis, dem politischen Gegner den Respekt zu bekunden, den er sich erwirbt und an dem Tage, an dem er gefeiert wird, weil er der Feier würdig ist, ihm doch auch die Sünden nicht vorzuwerfen, die er beging oder begangen haben soll.

Da wäre heute, wenn wir diesem guten Brauche folgten, ein langes Register abzuhandeln, das viele ernste Themen enthielte, die für

Deutschland, für das deutsche Volk und für die Idee des vereinten Europa lebenswichtigen Wert haben. Es gehört zu den Menschen und dem Politiker Adenauer, dass er selbst weiss, wie hart die Kritik sein müsste, die die politisch Andersdenkenden, die insbesondere wir Sozialdemokraten seinem Tun und Lassen zumessen müssen - um unserer Überzeugung willen, in der wir den richtigen Weg und das richtige Ziel anders als er sehen. Wir wünschen unserem politischen Gegner Konrad Adenauer auch in kommenden Jahren eine rüstige Kraft, die eine ernsthafte Auseinandersetzung um die deutsche Sache und um den Frieden auf der Welt erlaubt. Wir haben die Visiere offen und wollen in gerechter Fehde in Anstand und Fairness den notwendigen Kampf führen, den er nicht scheut.

Der Respekt, den dieser grosse alte Mann in unserem allzu klein gewordenen und, nach unserer Meinung, auch dank seiner Politik noch immer unvollendet gebliebenen Vaterlande und den er auch jenseits der deutschen Grenzen geniesst, weicht oft aus in mystische - desto öfter, je weiter entfernt die Betrachter ihren Standort haben. Je näher sie stehen, desto häufiger ist jenes heimliche Zwinkern gesicherten Wissens um unaussprechbare Sonderheiten. Aber immer gilt bei denen, die ihm folgen: Er ist "unser" Mann. Sie vertrauen ihm als einem lebendigen Zeugen des deutschen Aufstiegs (und vergessen, dass es nur ein aus sehr vielen, verschiedenartigen Quellen gespeister Aufstieg eines Teiles des nationalen deutschen Körpers ist). Sie vertrauen ihm als einem zwar nicht immer verständlichen, und auch nicht immer verstandenen, aber doch immer zielstrebigen und harten Lenker der Bonner Politik zu einer westeuropäischen Lösung (und wissen doch nicht genau, zu welcher der Weg führt).

Konrad Adenauer regiert. Es geschieht zuweilen wie in alten Zeiten, mehr autoritär als mit Autorität, mehr mit hierarchischer Strenge als mit väterlicher Milde, insgesamt mit einem starren Willen, das von ihm Erkannte und Gewollte zu erreichen. Er ist im doppelten und nicht nur in einem negativen Sinne ein Einsamer. Das wissen wir, seine Gegner, oft besser als seine Freunde, weil wir auch die unausgesprochenen Tendenzen seines Wollens zu kennen glauben.

Er macht es niemandem leicht, ihm die zuweilen nützliche und nötige Hilfe zu gewähren. Es gibt in der praktischen politischen Arbeit des Tages und in vielen Grundsätzen seiner politischen Konzeption für uns keine oder nur geringe Gemeinsamkeiten mit diesem Politiker und mit dieser Persönlichkeit. Aber das mindert nicht das Gewicht seiner Leistung, die die Geschichte einmal in der Gesamtschau der deutschen Dinge auf ihren gerechten Platz stellen wird.

Wir wünschen diesem beharrlichen und lebenskräftigen Manne, dessen Weltbild durch die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts geformt und der im biblischen Alter mit dem beginnenden Atomzeitalter konfrontiert wurde, aufrichtigen Herzens einen lange währenden, schönen und stillen Abend seines Lebens. Wir wünschen ihm diesen Abend im Schosse seiner Familie und im Genuss aller Schönheiten und allen Reichtums seiner rheinischen Heimat - jedoch fern der politischen Pflichten und Verpflichtungen! Weil wir meinen, dass in diesem neuen Jahre die deutsche Politik weit über Rhein und Weser hinaus zu den Landsleuten an Havel, Spree und Oder geführt werden muss. Dazu gehören ein neuer Elan und ein richtiges Bild dieser veränderten Welt.

Wohin geht die Richtung in USA?

O.L., New York, Anfang Januar

Es gibt kaum einen Tag, da in den amerikanischen Zeitungen nicht eine neue Spekulation über Eisenhowers geheime Absichten angestellt würde: werden die Ärzte das Herz des Präsidenten stark genug finden um ihn der schweren psychischen, geistigen und physischen Belastung einer neuen Vierjahr-Periode im Weissen Haus und im Zentrum der Welt-politik auszusetzen? Wird der Präsident wieder kandidieren?

Während sich die politische Neugier des Durchschnittsamerikaners ebenso wie der politischen Strategen in beiden Parteien auf diese Frage konzentriert, die nur Eisenhower selbst beantworten und zu seiner Beantwortung auch der weiseste Rat der Ärzte wenig beitragen kann, ist die sachlich viel wichtigere Frage beinahe unbeachtet geblieben: die Frage, welche Wegrichtung in dieser Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der Präsident in seiner in den ersten Januartagen fälligen Botschaft an den Kongress vorschlagen wird. Denn diese Botschaft und das Programm, das der Präsident für gesetzgeberische Aktionen ebenso wie für die Wirtschaftspolitik der Administration vorschlägt, ist in einem Jahr einer Präsidentenwahl der vielleicht wichtigste Auftakt für den kommenden Wahlkampf, wenn man von der Auswahl der Kandidaten durch die "Conventions" der beiden Parteien absieht.

Die Schulkrise

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Eisenhower in zwei Fragen, die zu den dringendsten in der Wirtschafts- und Kulturpolitik gehören, nicht nur der demokratischen Kongressmehrheit, sondern der Stimmung im Lande Rechnung tragen müssen. Die Schulkrise hat in ganz Amerika solchen Umfang angenommen, dass eine Hilfsaktion nicht nur unerlässlich, sondern dass ihre Richtung durch die allzulange vernachlässigten Tatsachen selbst vorgeschrieben ist.

Es war eine der peinlichsten Überraschungen für die gegenwärtige Administration in Washington, als sich Anfang Dezember eine vom Weissen Haus einberufene Schul- und Erziehungskonferenz mit mehreren hundert Delegierten aus allen Teilen der Vereinigten Staaten in Washington versammelte und nach wenigen Tagen zu einem Programm kam, das eine der bisher am schwersten umstrittenen Fragen eindeutig zu beantworten schien: während bisher die Republikaner und die südlichen Demokraten (soweit sie in Rassenfragen reaktionär sind und daher die "Einmischung" von Washington fürchten), Bundeshilfe für die Erziehung und für den Schulbau ablehnten, haben die Erziehungs- und Verwaltungsfachleute aus fast allen 48 Staaten mit überwältigender Mehrheit keine andere Lösung als Bundeshilfe für die Schulnot erblickt, eine systematische Unterstützung der Länder und lokalen Selbstverwaltungs-körper mit Geldern aus dem Bundesbudget. Der Mangel an geeigneten Schulräumen angesichts der in jedem Jahr um mehr als eine Million ansteigenden Schülerzahl, der Mangel an geeigneten Lehrern, der Mangel an allen Behelfen für die Erziehung hat zu einer solchen Krise geführt, dass die seit anderthalb Jahrzehnten von den rück-

schriftlichen Kräften verzögerte Lösung nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Nun wird auch Eisenhower, der in seiner Wahlkampagne 1952 im Sinne des Republikanischen Programms gegen Bundeshilfe für die Erziehung aufgetreten ist, nun ein Programm zumindest bescheidener finanzieller Hilfe für die Erziehung vorschlagen müssen.

Mehr Strassen und Autobahnen

Die zweite dringende Frage, die Eisenhower bisher nicht zu lösen vermochte, weil seine Vorschläge vom Kongress nicht angenommen wurden, war das Strassenbauprogramm. Wenn man bedenkt, dass allein im Jahre 1955 acht Millionen neuer Personenwagen in USA erzeugt wurden, versteht man, warum die amerikanischen Strassen und Autobahnen so verstopft sind, dass in allen Städten und Industriesiedlungen das Auto beinahe seinen praktischen Wert verloren hat. Eisenhower schlug ein Strassenbauprogramm mit privaten Bankkrediten vor - ein geistiges Produkt der vielen Bankiers, die zu seinen wirtschaftlichen und politischen Beratern gehören. Aus diesem Grunde kam es trotz der Dringlichkeit des Strassenbauprogramms zu keiner Lösung im vergangenen Jahr. Nun hört man, dass sich die Administration eines Besseren besann und eine andere Finanzierung - nicht durch private Bankanleihen, sondern zum grossen Teil aus öffentlichen Mitteln, vorschlagen will.

Ein kleiner Schritt zur Krankenversicherung?

In einer sozial ausserordentlich wichtigen Frage werden neue Regierungsvorschläge erwartet: Eisenhower hat in seiner bekannten Ablehnung von "sozialisierter Medizin" - wie man in Amerika demagogisch die obligatorische Krankenversicherung etwa nach britischem Muster nennt - ein sachlich unzulängliches Programm einer Rückversicherung privater Krankenversicherungsunternehmen vorgeschlagen. Dieses Programm ist vom Kongress zweimal abgelehnt worden. Nun heisst es, dass auch hier ein Schritt vorwärts gemacht werden soll, da die Eisenhower-Administration erkannt hat, dass sie ihren Vorschlag nicht durchbringen kann. Aber es wäre verfrüht, einen wirklichen Schritt zu allgemeiner Krankenversicherung zu erwarten.

Die grosse Sorge: die Landwirtschaft

Viel wichtiger wird sein, was Eisenhower in seiner Jahresbotschaft über das gegenwärtig ernsteste Problem der amerikanischen Wirtschaft, den ständigen Rückgang des Farmer-Einkommens zu sagen haben wird. Dies wird in Wirklichkeit die grosse politische Streitfrage in der kommenden Session des Kongresses sein. Denn die Lage der Farmer - das heisst, der kleinen und mittleren Farmer - ist ungünstig und droht trotz der Rekorderte des Jahres 1955 - oder gerade wegen der hohen Ernteerträge - nicht günstiger zu werden. Zwischen der steigenden Lebenshaltung fast aller anderen Bevölkerungsgruppen und dem unzweifelhaften neuerlichen Rückschlag, den die Farmer erlitten haben, besteht ein krasser Gegensatz. Es steht fest, dass Eisenhower und seine Landwirtschaftsminister nicht zur starren neunzigprozentigen Preisstützung zurückkehren wollen, wie sie unter den Demokraten bestand, obwohl diese Massnahme zu einer Steigerung des Farmereinkommens führen würde. Aber irgendwelche Vorschläge zur Linderung der Krise in der amerikanischen Landwirtschaft sind zu erwarten.

Wie man hört, wird der Landwirtschaftsminister die Pacht von Grundstücken durch die Regierung vorschlagen: der Boden soll brachgelegt werden und der Farmer wird in der Form von Pacht eine Geldentschädigung erhalten. Es ist die alte Methode in neuer Form: aus Angst vor der Produktivität den Boden brachzulegen, obwohl Millionen Menschen in der Welt nichts zu essen haben... + + + - 5 -

Die NATO und die Tradition

W.F. Dass das Verteidigungsministerium auch die geistige Wehrhaftmachung mit Hilfe grossangelegter Propagandafeldzüge im kommenden Jahr stärker vorantreiben wird, dürfte zu erwarten sein. Angesichts der vollen Kassen des Bundesfinanzministers stehen die Mittel dafür sicher zur Verfügung. Wie steht es aber mit den geistigen Grundlagen, an welche Traditionen wird man anknüpfen, welches werden die Vorbilder sein? Diese Fragen vor allem stellen sich auch nach der Lektüre des "Deutschen Soldatenkalenders 1956", der erschienen ist, während die ersten hundert bundesdeutschen Soldaten in Andernach die erste Kaserne bezogen, ein.

Zwar ist dieser Kalender weder ein offizielles Organ noch ein repräsentatives Sprachrohr unserer militärischen Instanzen. Aber der Verlag, in dem er gemeinsam mit der "Deutschen Soldatenzeitung" erscheint, gilt immerhin seit langem als ein die wehrpolitischen Belange der Regierung publizistisch unterstützendes Unternehmen.

Was den Soldatenkalender indessen interessant macht, ist die Art und Weise, wie in ihm die Pflege der militärischen Erinnerungen und Überlieferungen mit der Tatsache der westdeutschen Bewaffnung im Rahmen des Nordatlantikpakt verbunden wird. Zweifellos ergibt sich aus der vorbildlosen Konstruktion des Brüsseler Paktes auch besonders die Notwendigkeit eines harmonischen Verhältnisses zwischen nationaler Überlieferung und der Tatsache der ganz neuartigen übernationalen Verflechtung und Kontrolle der Streitkräfte. Wie man sich dies im erwähnten Soldatenkalender vorstellt, ist sehr charakteristisch für die Kräfte und Einflüsse, die in den nächsten Jahren Geist und Haltung der aufzustellenden Streitkräfte zu beeinflussen versuchen werden.

Ganz im alten Geist

Was soll etwa die Fülle von Fotos, die die Feldmarschälle Hitlers mit ihren Orden und Ehrenzeichen zeigen, was die vielen Hakenkreuze auf Orden, Uniformen, Flugzeugen usw? Daneben enthält dieser Kalender eine solche Fülle von Beschreibungen von Schlachten aus Kriegen gegen Völker, die heute wie die Bundesrepublik Mitgliedstaaten

der NATO sind, dass sich die wenigen Übersichten und Darstellungen über das NATO-Pakt-System oder die deutschen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Wiederbewaffnung demgegenüber merkwürdig armselig und unvollkommen ausnehmen, so als wären sie lediglich Füllsel oder ungewollte Zugeständnisse an die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse. Da findet man eine Heroisierung der Erstürmung des französischen Forts Douaumont im Jahre 1916, Schilderungen vom U-Bootkrieg gegen England, den Bericht über einen Sieg der verbündeten Türken gegen einen englischen General, eine ausführliche Darstellung der "siegreichen" Skagerrakschlacht, die abgebrochen wurde, nachdem von den 21 deutschen Schiffen 60 000 BRT und von den englischen 38 Schiffen 115 000 BRT versenkt und 3 000 bzw. 6 000 Matrosen in den Fluten versunken waren.

Diese Kriegstaten wachzuhalten und - so drängt sich einem beim Lesen auf - vielleicht auch der NATO gegenüber die "deutsche soldatische Überlegenheit" zu bekunden, versteht man also offenbar in erster Linie unter der Anknüpfung an "das grosse geistige Erbe deutschen Soldatentums", mit dem eine Kontinuität wiederherzustellen und zu wahren sei. Dann folgt der Satz: "Ein Verzicht auf diese Verbundenheit müsste sich auf die geistige Haltung und die militärische Qualität der neuen Einheiten verhängnisvoll auswirken". Dieser Auffassung kann man sich nicht unbedingt anschliessen, nachdem man gesehen hat, wo dieses geistige Erbe offensichtlich zu suchen ist. Wenn darüber noch Zweifel blieben, würden diese ausgeräumt durch die im "Deutschen Soldatenkalender" angebotenen Bücher ehemaliger führender Vertreter des NS-Regimes, oder auch dadurch, dass nunmehr auch Organisationsangaben der politisch einseitig orientierten Soldatenorganisation "Der Stahlhelm" Eingang in den Soldatenkalender gefunden haben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau